

# Protokolleintrag vom 25.01.2012

2012/21

## Erklärung der SP-Fraktion vom 25.01.2012: Erlass einer Prostitutionsgewerbeverordnung

Namens der SP-Fraktion verliest Marianne Aubert (SP) folgende Fraktionserklärung:

Kompakte Lösung für ein vielschichtiges Thema

Die Situation am Sihlquai hat sich in den letzten Jahren massiv verschärft. Der Stadtrat will aus diesem Grund mit einer Prostitutionsgewerbeverordnung künftig das Sexgewerbe regeln. In einer grossangelegten Vernehmlassung wurden gegen 20 Organisationen um ihre Meinung gefragt. Nicht wenige der in der Vernehmlassung eingebrachten Anliegen wurden berücksichtigt. Der gemeinderätlichen Spezialkommission wurde ein ausgewogenes und über weite Strecken sorgfältig formuliertes Regelwerk vorgelegt, mit welchem sich die Kommission nun während einem halben Jahr intensiv und detailliert befasst hat. Wenn wir als Gesamtrat heute in dieser Sache abschliessend legiferieren und wenn der Stadtrat die Verordnung in der Folge umsetzt, schauen nicht zuletzt der Kanton Bern sowie die Städte Basel, Luzern, Olten sowie Genf und Lausanne mit grossem Interesse auf die Stadt Zürich, sind sie doch ebenfalls mit diesem Thema befasst und an unseren Erfahrungen mit der Materie entsprechend interessiert.

Für die SP sind insbesondere der Schutz der Frauen vor Ausbeutung und Gewalt, ein Verbot der Prostitution Minderjähriger und der Schutz der Bevölkerung vor sexuell übertragbaren Krankheiten und Immissionen durch das Sexgewerbe zentral. Ein wichtiges Anliegen ist es uns zudem, die Freier in die Verantwortung zu nehmen. Die meisten dieser Anliegen werden durch die Verordnung gestützt. Einige jedoch haben zu zusätzlichen Anträgen unsererseits geführt, die hoffentlich Mehrheiten finden werden.

Dabei haben wir zum einen bei zwei uns wichtigen Anliegen explizit übergeordnetes Recht zitiert, um eine bessere Verständlichkeit und Deutlichkeit zu erreichen. Zweitens stellen wir dem Stadtrat eine Fachkommission zur Begleitung der konkreten Umsetzung der Verordnung und zur Anhörung zur Seite. Die Fachkommission stellt sicher, dass die Organisationen, die sich tagtäglich für den Schutz der sich Prostituierten und den Schutz der Bevölkerung vor übertragbaren Krankheiten einsetzen, eingebunden und angehört werden.

Die SP ist überzeugt, dass mit der vorliegenden Prostitutionsgewerbeverordnung die vielschichtigen Probleme der Strassen- und der Salonprostitution besser angegangen werden können und sie auf städtischer Ebene nicht zuletzt den Kampf gegen Menschenhandel unterstützt. Zusammen mit den zusätzlichen Massnahmen wie dem geplanten Strichplatz und der schon erfolgten Aufhebung von über 7 km Strassenstrich auf städtischem Boden, wird der neuen Prostitutionsgewerbeverordnung eine wichtige Rolle zukommen – vom Stadtrat und namentlich der Polizei erwarten wir, dass bei deren Umsetzung die nötige Konsequenz ebenso wie das nötige Augenmass an den Tag gelegt werden. Dann bietet sich Zürich mit der heute zu diskutierenden Verordnung die Chance, bei der Handhabung einer Thematik, die immer einer gesellschaftlichen Gratwanderung entspricht, einmal mehr eine Pionierrolle zu übernehmen – nehmen wir diese Chance wahr!